

POST AG

Preisaufschlag bei A- und B-Post

Sinkende Briefmengen erhöhen den wirtschaftlichen Druck auf die Post: Wichtige Einnahmen gehen zurück, während die Kosten für die flächen-deckende Infrastruktur weitgehend gleich bleiben. Dieser Mengenrückgang kann nach Angaben der Post AG durch andere Massnahmen nicht ausgeglichen werden. Deshalb hat die Post nun in Absprache mit dem Preisüberwacher Preisanpassungen für die nächsten drei Jahre vereinbart.

Ab dem 1. Januar 2027 kostet ein A-Post-Brief im Standardformat neu 1.40 Franken (bisher 1.20 Franken), Grossbriefe kosten neu 2.75 Franken. Für Midibriefe bleibt der bisherige Preis in Höhe von 1.70 Franken unverändert. Ein B-Post-Brief kostet neu 1.10 Franken (bisher 1 Franken). Die B-Post-Midibriefe werden 1.35 Franken kosten und die Preise für Grossbriefe betragen 2.25 Franken.

Auch A-Post-Plus-Briefe und Einschreiben kosten künftig 20 Rappen mehr. Für nationale Briefe gilt neu ein Standardgewicht von 1-50 g (bisher 1-100 g). In diese Kategorie fallen mehr als 95 Prozent aller bisherigen Standardbriefe. Midibriefe umfassen neu Briefe zwischen 51 und 500 g. Durch die neue Gewichtskategorie kann die Post auf die Entrichtung der Mehrwertsteuer verzichten, die im Monopolbereich bis 50 g gesetzlich auch nicht gefordert ist. Neu eingeführt wird ein Volumenbrief, der einen einfachen Versand von Kleinwaren ermöglicht. Der Preis für den Versand beträgt 4.20 Franken.

Privatkundinnen und -kunden können ihre online frankierten Pakete bis und mit 2029 weiterhin mit der Dienstleistung pick@home kostenlos zu Hause abholen lassen und profitieren von einem Online-Rabatt von 1.50 Franken. Die Einigung zwischen der Post und dem Preisüberwacher beinhaltet weitere Massnahmen für Privat- und Geschäftskunden und Anpassungen bei einzelnen Produktkategorien. Die Lösung mit dem Preisüberwacher gilt bis Ende 2029. (pd.)

Alle Anpassungen:
www.post.ch/angebot27

Anzeiger von Wallisellen

Antliches Publikationsorgan der Stadt Wallisellen

Herausgeberin:
Lokalinfo AG, 8048 Zürich

Adresse:
Anzeiger von Wallisellen,
Buckhauserstrasse 11, 8048 Zürich
Tel. 044 913 53 33, www.avwa.ch

Verantwortlicher Redaktor: Markus Lorbe (ml.),
Tel. 044 913 53 31, info@avwa.ch

Geschäftsleitung
Verlagsleitung: Liliane Müggenburg,
Tel. 044 913 53 33, lokalinfo@lokalinfo.ch
Redaktionsleitung: Pascal Turin (pat.),
pascal.turin@lokalinfo.ch

Anzeigen/Verkauf: Simona Demartis
Tel. 079 306 44 41, simona.demartis@bluewin.ch

Ständige journalistische Mitarbeiter:
Edgar Eberhard (ebe.), Claudia Rothlin (cr.)

Wiedergabe von Artikeln und Bildern nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion. Für unverlangte Zusendungen lehnt die Redaktion jede Haftung ab.

Erscheinungsweise:
Jeden Donnerstag, am letzten Donnerstag jeden Monats als Grossauflage in alle Haushaltungen von Wallisellen
Beglauigte Auflage: 1800 Ex.
Grossauflage: 9600 Ex.

Annahmeschluss:
Redaktionelle Beiträge: Montag, 10 Uhr
Inserate: Montag, 10 Uhr
Jahresabo: Fr. 89.– inkl. MwSt.
Druck: Druckzentrum Zürich AG
Bubenbergstrasse 1, 8021 Zürich

Über die Grenzen hinaus denken

Opfikon, Wallisellen und Zürich sind zusammengewachsene Nachbarstädte. Aber die Gebiete entlang der Ortsgrenzen gehen oft vergessen. Ein Projekt untersucht nun, wie sie attraktiver werden können – für Mensch und Natur.

Pascal Turin

Der Treffpunkt an diesem unangenehm heissen Montagnachmittag liegt schon auf Walliseller Boden. Es ist ein Bänkli, das am Herrengütliweg steht. Jener verbindet die Rietgrabenstrasse in Opfikon mit der Herrengütlistrasse in Wallisellen. Von hier hat man einen tollen Ausblick. Kein Wunder, heisst die nahe gelegene Bushaltestelle schlicht «Fernsicht». Doch weil es so heiss und stickig ist, wünscht man sich entlang des Wegs ein paar schattenspendende Bäume.

Vanessa Seger ist mit dem Velo gekommen. Die Seniorberaterin bei Brugger+ Partner leitet ein Projekt mit dem etwas sperrigen Namen Modellvorhaben «Grenzlandschaften im Agglomerationsraum». Dieses will die Grenzümgebungen zwischen den Gemeinden Dietlikon, Dübendorf, Fällanden, Opfikon, Wallisellen und Zürich neu denken. Diese Bereiche entlang der Ortsgrenzen dienen häufig der Landwirtschaft oder als Erholungsgebiete und sind von Strassen oder Schienen geprägt.

Fokus liegt bisher auf Ortszentren

«Die Bevölkerung geht sehr gern draussen spazieren, joggen oder Velo fahren», sagt Seger. Gleichzeitig nehme der Druck auf die letzten verbliebenen Freiräume immer mehr zu – etwa durch das Bevölkerungswachstum, den Verkehr, die Verdichtung und den Trend zu mehr Erholung im Freien. Das Glattal sei ein Paradebeispiel für eine Agglomeration, die sehr schnell wachse und dadurch immer unterschiedlicheren Bedürfnissen gerecht werden müsse. «In der Planung gehen die Räume zwischen den Gemeinden oft vergessen», führt die Nachhaltigkeitsexpertin aus.

Ein Grund dafür ist, dass sich die Kommunen in erster Linie auf ihr eigenes Ortszentrum konzentrieren. Entlang der Grenzen verschwimmen die Zuständigkeiten – hier braucht es darum gemeindeübergreifende Planung. Diese ist zum Teil komplex, und auf den Verwaltungen fehlen je nachdem die personellen sowie die zeitlichen Ressourcen, um sich darum auch noch intensiv zu kümmern.

An diesem Punkt will das Projekt ansetzen. «Unser Ziel ist es, Freizeit- und Erholungsqualität in den Grenzümgebungen von Agglomerationsgemeinden durch Stärkung der Biodiversität und der Landschaftsqualität zu verbessern», sagt Seger.



Vanessa Seger von Brugger + Partner leitet das neue Projekt «Grenzlandschaften im Agglomerationsraum».

BILD PASCAL TURIN

Das Modellvorhaben «Grenzlandschaften im Agglomerationsraum» untersuche, welches Potenzial diese Räume für Natur, Erholung und Lebensqualität bieten würden und wie sie künftig zusammen gedacht und geplant werden könnten.

Zuerst sollen die Bedürfnisse der Bevölkerung abgeholt werden. Ab September sind deshalb drei Workshops geplant, zu denen Vertreterinnen und Vertreter von Sportvereinen oder Quartiervereinen, aber auch Landwirte oder Förster eingeladen wurden. «Wir wollen alle am Tisch, die in diesen Gebieten tätig und aktiv sind», so Seger. Sie freue sich insbesondere darauf, an den Workshops zu erfahren, was die Wünsche der Leute seien.

Zudem fanden in den vergangenen Monaten Gespräche mit Fachleuten der Gemeinden statt. Gemeinsam hat man Chancen und Herausforderungen diskutiert.

Das Projekt dauert voraussichtlich bis Anfang 2029. Das Ergebnis der Analyse wird eine sogenannte Freiraumagenda

sein, eine Art Handbuch oder Charta mit Empfehlungen. «Das schreit natürlich schon nach Papiertiger, weshalb die Freiraumagenda auch konkrete Beispiele enthalten wird», sagt Vanessa Seger lächelnd. Solche Vorschläge könnten öffentliche Sport- und Spielmöglichkeiten sein, aber auch entsiegelte Flächen, die mehr Wasser speichern und so für Abkühlung sorgen.

Die Freiraumagenda soll als Grundlage für spätere Planungen und umsetzbare Pilotprojekte dienen. Segers Vorstellung ist, dass am Ende nicht nur die beteiligten Gemeinden von der ganzen Arbeit profitieren, sondern im Idealfall Agglomerationsgemeinden in der ganzen Schweiz.

Bund unterstützt das Vorhaben

Beteiligt sind neben Dietlikon, Dübendorf, Fällanden, Opfikon, Wallisellen und Zürich auch kantonale und nationale Ämterstellen, regionale Planungsorganisationen, die Verkehrsbetriebe Glattal und verschiedene Fachpersonen. Zum

Projektteam gehört unter anderem der Dübendorfer Stadtplaner Reto Lorenzi.

Das Vorhaben ist Teil der Modellvorhaben nachhaltige Raumentwicklung 2025 bis 2030, mit denen der Bund innovative Projekte zur Verbesserung der Umwelt und Lebensqualität in Städten und Agglomerationen fördern will. Die Kosten für das Projekt im Glattal belaufen sich auf rund 320'000 Franken, aufgeteilt auf vier Jahre. Der Bund übernimmt die Hälfte, der Rest wird von den beteiligten Gemeinden sowie den weiteren Projektpartnern getragen.

Vielleicht stehen am Herrengütliweg eines Tages tatsächlich ein paar schattenspendende Bäume. Das wäre dann ein konkretes Beispiel dafür, wie auch die Grenzümgebungen zwischen den Gemeinden in den Fokus rücken können.



QR-Code scannen für mehr Infos zu den Modellvorhaben nachhaltige Raumentwicklung des Bundes.

KOMMUNALWAHLEN

Wer im Amt ist, wird meist wiedergewählt

Es gibt ihn also doch – den Bisherigen-Bonus. Das bestätigt eine neue Auswertung des Amts für Statistik und Daten. Zudem zeigt die Analyse, dass Frauen in den Stadt- und Gemeinderäten immer noch weniger stark vertreten sind als Männer.

Stadtrat, Gemeinderat, Rechnungsprüfungskommission oder Schulpflege: Alle vier Jahre werden die Stimmberechtigten für die Lokalwahlen an die Urne gerufen. Anfang Juli hat die Legislatur 2026 bis 2030 begonnen. Die Neuen sind im Amt und werden nun für die nächsten vier Jahre die Geschicke lenken.

Im Zusammenhang mit den kommunalen Wahlen interessant ist eine kürzlich veröffentlichte Auswertung des Amts für Statistik und Daten Kanton Zürich. Besonders ein Analyseergebnis dürfte kaum jemanden überraschen: «Frauen und Männer sind in den verschiedenen kommunalen Behörden unterschiedlich vertreten», schreibt das Amt.

Frauen traut die Wählerschaft offensichtlich das Thema Bildung am ehesten zu: Während nämlich in den Schulbehörden

den Frauen mit 59 Prozent die Mehrheit der Gewählten stellen, sind sie in Gemeinderäten und Rechnungsprüfungskommissionen weniger stark vertreten. Dort ist laut der Mitteilung rund jede dritte beziehungsweise jede fünfte gewählte Person eine Frau. Insbesondere die Finanzen sind also auch 2026 noch eine Männerdomäne.

Ausnahmen bestätigen die Regel

Zudem zeigen die Daten, dass der berühmt-berüchtigte Bisherigen-Bonus tatsächlich existiert. Zwar gibt es immer mal wieder Bisherige, die überraschend die Wiederwahl nicht schaffen.

Bekannte Beispiele sind Philipp Maurer (Grüne), der nicht mehr in den Walliseller Stadtrat gewählt worden ist, sowie Christoph Fischbach (SP), der knapp die Wiederwahl in die Klotener Exekutive verpasst hat. Dies dürfte jedoch in diesen beiden Fällen mit einer grundsätzlichen Verschiebung der Kräfte hin zu einer bürgerlichen Mehrheit zusammenhängen und weniger mit der politischen Leistung.

Sonst gilt nämlich: Wer schon im Amt ist, wird meist wiedergewählt. Das hat sich auch wieder in Opfikon bestätigt, wo alle bisherigen Stadträtinnen und Stadträte klar die Wiederwahl geschafft haben. «Bisherige Gemeinderätinnen und -räte sind

unter den Gewählten deutlich stärker vertreten als Neukandidierende», so die Statistikprofis. Betrachte man Frauen und Männer bei den Bisherigen und den Neukandidierenden separat, würden sich nur kleine Geschlechterunterschiede zeigen. Männer hätten etwas bessere Wahlchancen als Frauen, wenn sie neu kandidieren würden. Bei den Bisherigen gebe es jedoch keinen Unterschied. Die Ergebnisse würden nahelegen, dass der Bisherigen-Bonus für die Wahlchancen eine grössere Rolle spielen dürfte als das Geschlecht.

Ältere haben bessere Wahlchancen

Jüngere sind in Gemeindevorständen übrigens kaum vertreten. Die kommunalen Behörden bestehen laut dem Amt für Statistik und Daten vorwiegend aus Menschen zwischen 35 und 65 Jahren. Das Durchschnittsalter liegt demnach bei gut 51 Jahren. «Zwischen den verschiedenen Behörden gibt es nur geringe Unterschiede», heisst es im Artikel. Eine Ausnahme bilde das Präsidium des Gemeindevorstands: Hier liege das Durchschnittsalter bei 56 Jahren und damit etwas höher als bei den übrigen Behördenmitgliedern. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass unter 35-Jährige seltener für Stadträte oder Gemeinderäte kandidie-

ren. Aber sie sind auch unter den Gewählten kaum vertreten: Sie machen 10 Prozent der Kandidierenden, aber nur 3 Prozent der Gewählten aus.

«Die Unterschiede zwischen Kandidierenden und Gewählten könnten darauf hindeuten, dass jüngere Personen geringere Wahlchancen haben», so das Amt für Statistik und Daten. Sie könnten aber ebenfalls mit anderen Faktoren zusammenhängen, etwa dem Bisherigen-Bonus: Amtierende Gemeinderätinnen und Gemeinderäte seien im Durchschnitt älter und würden möglicherweise häufiger wiedergewählt, weil sie bereits bekannt seien und über Erfahrung im Amt verfügen würden.

Zwar haben die Stimmberechtigten es selbst in der Hand, zu entscheiden, wer im Stadtrat, im Gemeinderat, in der Rechnungsprüfungskommission oder in der Schulpflege die Geschicke lenkt. Die Zahlen zeigen jedoch, dass die Lokalpolitik selten richtig umkrempelt wird – wer bereits im Amt ist, hat weiterhin die besten Karten. Und beim Frauenanteil gibt es noch Luft nach oben.

Pascal Turin



QR-Code scannen, um direkt zum Artikel des Amts für Statistik und Daten zu gelangen.